

Tourismus in Spanien bricht wieder ein

Neue Ausgangssperren in einzelnen Regionen

Angesichts einer hohen Zahl an Corona-Neuinfektionen in Spanien hat sich die Tourismusbranche pessimistisch über die laufende Sommersaison geäußert. Es gebe einen „plötzlichen Rückgang“ bei den Buchungen ausländischer Urlauber, berichtete der staatliche TV-Sender RTVE unter Berufung auf den Vizepräsidenten des spanischen Tourismusverbandes Exceltur, José Luis Zoreda. „Wenn sich die Corona-Zahlen weiter verschlechtern, schätzen wir, dass der Tourismus in diesem Sommerquartal einen Umsatz von 37,97 Milliarden Euro generieren wird, mehr als die 24,30 Milliarden im selben Zeitraum des Vorjahres, aber viel weniger als die 58,37 Milliarden des Jahres 2019“, zitierte der Sender den Tourismusmanager.

Die Branche hatte wegen der fortschreitenden Impfkampagne auf eine weit stärkere Erholung des Geschäfts in diesem Sommer gehofft. Der Tourismus trägt in normalen Zeiten mehr als zwölf Prozent zum spanischen Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei, auf den auch bei Deutschen beliebten Urlaubsinseln der Balearen und auf den Kanaren sind es sogar rund 35 Prozent. Die Branche sichert Hunderttausende Arbeitsplätze.

Zur Eindämmung der Pandemie haben einige Regionen wieder nächtliche Ausgangssperren von ein Uhr bis sechs Uhr eingeführt – so Katalonien sowie Valencia und Kantabrien. Bereits acht Millionen der 47 Millionen Einwohner Spaniens seien davon betroffen, schrieb die Zeitung „El País“. Auf Mallorca mit einer Sieben-Tage-Inzidenz von 270 ist das bisher nicht vorgesehen. Auf den Kanaren (176) lehnte ein Gericht eine Ausgangssperre ab.

Die Sieben-Tage-Inzidenz für Spanien stieg bis Freitag auf 300. Zum Vergleich: In Deutschland beträgt sie derzeit zehn. Allerdings ist die Lage in den Krankenhäusern nicht so angespannt wie bei früheren Wellen. Knapp zehn Prozent aller Betten auf Intensivstationen sind mit Corona-Patienten belegt. Binnen sieben Tagen wurden 56 weitere Todesfälle wegen Corona registriert. dpa

Streit um Bekämpfung der Schweinepest

Weiterer Betrieb in Ostdeutschland betroffen

Das Bundeslandwirtschaftsministerium hat den Vorwurf mangelnder Hilfe bei der Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) zurückgewiesen. Das Ressort wandte sich gegen Kritik aus Brandenburg an Ministerin Julia Klöckner (CDU). „Alle Möglichkeiten zur Unterstützung wurden und werden genutzt“, sagte der Parlamentarische Agrarstaatssekretär Uwe Feiler (CDU). Für das Krisenmanagement sei das Bundesland selbst verantwortlich. „Wenn Brandenburg jetzt versucht, dem Bund die Schuld zuzuschieben, will man scheinbar nur von eigenen Defiziten in der Seuchenbekämpfung ablenken.“

Das Bundesministerium verwies auf die Einrichtung eines Krisenstabes unter Leitung des Bundes im vergangenen Jahr, auf Verhandlungen mit der EU und Drittstaaten zum Export von Schweinefleisch und auf Hilfe beim Aufbau von Zäunen. „Die Bundesregierung hat die Bundesländer auf vielfältige Weise unterstützt“, sagte eine Sprecherin. „Der Bund kann aus rechtlichen Gründen nicht alles möglich machen, weil die Länder für die Tierseuchenbekämpfung zuständig sind.“

Brandenburgs Agrarstaatssekretärin Silvia Bender hatte gesagt, Klöckner habe zusätzliche Unterstützungsmöglichkeiten zurückgewiesen und für nicht nötig befunden. Die Interessengemeinschaften der Schweinehalter in den ostdeutschen Ländern hatten dem Bund und den Ländern Brandenburg und Sachsen Versagen bei der Bekämpfung vorgeworfen.

Die ASP hat sich bei Hausschweinen in Deutschland nach dem ersten Auftreten in Brandenburg ausgebreitet. Inzwischen ist ein dritter Betrieb – eine kleine Haltung mit vier Mastschweinen – laut Brandenburger Verbraucherschutzministerium betroffen. dpa



GETTY IMAGES/ SENG CHWE TEO, MONTAGE-WELT



„Das neue Original sollte mehr bieten“

Der renommierte Schweizer Wirtschaftswissenschaftler Bruno S. Frey erstaunt mit einem besonderen Vorschlag: Er will ein zweites Venedig bauen. Ein Gespräch über Overtourism, eine Wiederholung der „Goldenen Zwanziger“ und Glück in der Krise.

VON ANDREAS GÜNTERT UND RALPH PÖHNER

WELT: Was ist besser für Venedig: drei Delfine in der Lagune – oder drei Kreuzfahrtschiffe?

BRUNO S. FREY: Kreuzfahrtschiffe sind ein riesiges Problem. Wenn ein solcher Pott einfährt, verdeckt er die Sonne in Venedig. Dieser Gigantismus bringt nichts und macht die ganze Stadt kaputt. Dann also lieber drei Delfine.

Davon können die Venezianer aber kaum leben.

Kreuzfahrtgäste geben auch kaum Geld aus in Venedig. Sie laufen im Pulk ein und besorgen sich allenfalls ein Gelato. Das bringt der Stadt nichts. Hafengebühren bringen etwas – aber dieses Geld fließt nach Rom. Wo die Kreuzfahrt-Industrie eine starke Lobby hat.

Wie soll Venedig denn wirtschaften? Destinationen wie Venedig und andere Overtourism-Hochburgen sollten sich auf Besucherinnen und Besucher konzentrieren, die länger bleiben und so mehr Geld ausgeben in der Stadt.

Sie haben mitten in der Zeit, da der Tourismus drastisch eingebrochen war, mit einem Vorschlag verblüfft: Man solle Venedig eins zu eins nachbauen und so Druck vom Original nehmen. Auf einer Skala von eins bis 100: Wie ernst meinen Sie das? Hundert Punkte. Was mir dabei wichtig ist: Das neue Original sollte mehr bieten als das ursprüngliche. Mittels neuester Technologie sollten Besucher und Besucherinnen beispielsweise erleben und spüren können, wie Venedig im 14. Jahrhundert aussah.

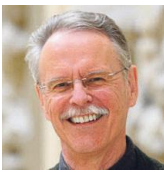
Wer soll das bezahlen? Walt Disney?

Warum nicht? Was für mich klar ist: Für das ursprüngliche Venedig wie auch für das „neue Original“ wird man einen relativ hohen Eintrittspreis verlangen können. Eventuell könnte man so auch die Menschenmassen steuern. Wenn das ursprüngliche Venedig überlaufen ist, senkt man den Preis für die Kopie und schafft so einen Anreiz, das „neue Original“ zu besuchen, das aufgrund der technischen Feinheiten für Familien mit Kindern wohl sowieso attraktiver wäre.

Müsste man Venezia Due über einen Spac-Mantel, also eine leere, börsennotierte Unternehmenshülle, an die Börse bringen?

Sicher eine gute Idee. Um Konstruktionskosten zu minimieren, kann man sich beim „neuen Original“ auch auf vier bauliche Eckpfeiler beschränken:

Einfach eine Kopie von Venedig bauen und so die Flut der Touristen begrenzen – das ist eine der ungewöhnlichen Ideen des Schweizer Ökonomen Bruno S. Frey. Auch zum Zeitgeist hat er eine spezielle Meinung



Zur Person

Bruno S. Frey, 80, ist ein renommierter Schweizer Ökonom. Er zählt zu den Pionieren der Ökonomischen Theorie der Politik sowie der Glücksforschung. Bekannt wurde er auch durch seine Forschung im Bereich der Kulturökonomik. Heute ist Frey ständiger Gastprofessor an der Universität Basel für politische Ökonomen.

Dogenpalast, Markuskirche, Markursturm und Rialtobrücke sowie jene Teile des Canale Grande, die von dort aus sichtbar sind. Kaum jemand weiß, dass der im Jahr 991 erbaute Markursturm zu Beginn des 20. Jahrhunderts zusammenkrachte und wieder komplett neu aufgebaut wurde. Ein neues Original im ursprünglichen Venedig.

Das klingt wie im Fall von Luzern, wo 1993 ein Großteil der Kapellbrücke abbrannte und neu aufgebaut werden musste. Braucht es auch ein zweites Luzern, um Touristenmassen in der Zentralschweiz umzulenken?

Natürlich, meine Grundidee trifft auch auf einen Hotspot wie Luzern zu, wenn es sinnvoll und machbar wäre. Hier ginge es wohl darum, die Kapellbrücke, die Jesuitenkirche und einen Teil des Sees nachzugestalten. Den Pilatus würde man mittels moderner Technik einspielen.

Sollen solche Nachbauten eher in Mumbai oder in Shanghai zu stehen kommen?

Weder noch. Das nachgebaute Venedig beispielsweise stünde am besten irgendwo in der Nähe der ursprünglichen Bauten, damit Ambiente, Wetter und Land-

schaft dem ursprünglichen Venedig möglichst nahekommen. Irgendwo zwischen dem heutigen Venedig und Bari.

Kommt es in Venedig, Barcelona und Dubrovnik überhaupt je wieder zu Overtourism? Oder werden die Menschen ihren Reisekonsum künftig einschränken?

Der Overtourism kommt ganz bestimmt zurück. Als ich vor sechs Wochen in Venedig war, bildeten sich schon wieder erste Warteschlangen vor dem Dogenpalast und der Markuskirche. Das waren vor allem noch italienische Gäste, aber ausländische Touristenmengen werden folgen.

Ist Reisen ein Menschenrecht?

Ja. Reisen ist eine wunderbare Sache, ein Gewinn. Es öffnet den Horizont für andere Menschen, Gegenden und Kulturen.

Macht Reisen glücklich? Auf jeden Fall.

Ist es eine höhere Form von Glück, im Tausenderpulk in Venedig anzulegen und sich dort mal kurz ein Gelato zu schnappen?

Wir Intellektuellen dürfen den Leuten nicht vorschreiben, auf welche Art sie ihr Glück finden sollen. Kunstsachverständige begutachten den Dogenpalast, aber eine feine Eiscrème macht auch glücklich.

Sie haben in Ihrem Leben alle möglichen Themen in ökonomische Modelle gefasst. Welches Gebiet liegt noch brach?

In der Wirtschaftstheorie ist das Thema des Zeitgeists noch weitgehend unerforscht. Dabei bestimmt er unsere Diskussionen, Haltungen und die Gesprächskultur so stark wie selten zuvor.

Wie meinen Sie das?

Es herrscht heute eine Stimmung, die Aussagen zu gewissen Themen fast schon verbietet. Themen wie Klima und Gender sind derart stark vom Zeitgeist beeinflusst, dass oft kein unvoreingenommenes Gespräch mehr möglich ist.

Der US-Ökonom Robert Shiller geht mit seiner Theorie der „Narrative Economics“ in diese Richtung. Kann man den Zeitgeist überhaupt in ein ökonomisches Modell fassen?

Um das zu erkennen, muss man sich zunächst einmal genau damit befassen. Man muss erkennen, wo und wie der Zeitgeist entsteht, in welchen Medien er sich manifestiert und wie schnell er sich bewegt. Oft ist das zunächst kein Anzeichen für den Zeitgeist – und plötzlich ist er da und bestimmt den Diskurs.

Welches Thema wird am stärksten vom Zeitgeist beeinflusst?

Die Klimafragen. Dabei muss man auch hier Vorteile und Nachteile immer abwägen können. Wer ist betroffen? Wie stark? Wann? Dieses Thema wird aktu-

ell von der Ideologie bestimmt und kann kaum unvoreingenommen besprochen werden. Dabei ist es doch so: Der Widerspruch bringt uns voran.

Was ist der „Zeitgeist“ genau?

Eine Denkart, die breiteste Massen erfasst, und zwar massiv. Und die dann mit neuen Generationen auch wieder verschwindet. Die Kinder, die heute zwei Jahre alt sind, werden später nicht zu „Fridays for Future“-Demos gehen.

Wir haben in den letzten 15 Monaten das krasseste Auf und Ab der Wirtschaftsgeschichte erlebt. Warum werden ausgerechnet in so einer Phase Dinge wie Gendersternen zu einem beherrschenden Thema?

Wenn man das wüsste. Mich überrascht es auch. Über Einkommensungleichheit gibt es vielleicht noch eine kleine Debatte, aber schon beim viel wichtigeren Thema der Aufwärtsmobilität ist Schluss: Kann jemand, der sich engagiert, noch sozial aufsteigen? Das hatten wir in der Schweiz bislang – und dank unserem dualen Bildungssystem haben wir es immer noch. Mit einer guten Lehre kann man es immer noch sehr weit bringen.

Sie erachten diese soziale Mobilität als gefährdet? Ja.

Weil man zu sehr auf Akademiker*innen setzt?

Ja. Man kann heute immer noch von der Lehre aus bis an eine Universität gelangen, wenn man will, und es gibt viele Passerellen. Aber schauen Sie mal nach Spanien: Da gehen die Leute an die Universitäten, fallen durch und sind auf einem Nullpunkt. In Italien dasselbe.

Da hat man dann einen Taxifahrer mit Abschluss in Skandinavistik. Genau, das ist bei uns viel besser.

Wie halten Sie es in Ihren Schriften mit dem Genderstern?

Ich schreibe „Bürgerinnen und Bürger“. Und sonst mit Abwechslung.

Viele Leute erwarten, dass nach dieser Pandemie ein großer wirtschaftlicher Boom einsetzen wird, dass wieder die „Goldenen Zwanziger“, die „Roaring Twenties“ beginnen, wie schon im letzten Jahrhundert.

Das ist übertrieben. Allerdings ist die Entwicklung auch nicht so schlecht, wie viele befürchteten. Ich selber erwartete auch, dass es viel länger geht, bis sich die Wirtschaft erholt. Aber an ein goldenes Jahrzehnt glaube ich wirklich nicht.

Sollte der Aufschwung in den kommenden Jahren trotzdem kommen: Wer profitiert davon?

Die unteren Schichten und die Mittelschichten werden zu den Gewinnern gehören. Sie haben zuletzt sehr gelitten. Kleineres Gewerbe beispielsweise wird profitieren.

Für Sie ist der Klimawandel nicht die ganz große dunkle Wolke, die über allem hängt?

Das Thema darf nicht alles regieren. Auf keinen Fall.

Die Naturwissenschaftler zeichnen aber auf 30 Jahre hinaus sehr düstere Szenarien. Sie bezweifeln diese? Ich glaube jedenfalls nicht, dass die Welt untergeht.

Klimawandel als „first world problem“?

Wenn man ein wenig bössartig sein will, dann sagt man: Wir leisten uns einfach das Umweltthema – und die armen Länder lassen wir außen vor. Wir sollten doch dazu beitragen, dass sie sich entwickeln können. Zum Beispiel, indem wir ihre Produkte nachfragen. Oder auch, indem wir unser duales Bildungssystem dort propagieren. So etwas wäre produktiv. Aber nicht nur die Klimadiskussion.

Ist die Venedig-Idee Ihr Versuch, doch noch an den Nobelpreis zu kommen?

Nein, den werde ich nie kriegen, da ich zu unorthodox bin. Um den Nobelpreis zu bekommen, muss man im Mainstream mitschwimmen.

Aber es fuchst Sie doch, dass er Ihnen nie verliehen wurde.

Es wäre Blödsinn, zu sagen, dass ich den nicht gern gekriegt hätte, aber ich habe nie damit gerechnet. Hätte ich mein ganzes Leben lang ein Thema fokussiert, dann wäre es möglich gewesen, aber dann wäre es mir langweilig geworden. Und dann hätte ich auch nicht so viel geleistet. Gerade in der Ökonomie sind viele brav und orthodox.

Zum finanziellen Zeitgeist gehören Kryptowährungen. Haben Sie Bitcoins im Portfolio?

Das ist mir fremd. Aber ich bin auch kein Währungstheoretiker. Ich bin jedoch skeptisch, denn die Volatilität ist enorm. Ich lege mein Geld an und verändere es möglichst wenig.

Setzen Sie auf ETF? Oder auf Einzelaktien?

Einzeltitel, aber auch auf einige Fonds. Dabei achte ich vor allem darauf, ob die Fonds günstig sind.

Schweizer Aktien?

Roche, Nestlé, was man so hat, auch CS und UBS. Die hätte ich natürlich vor Jahren schon verkaufen müssen. Nun ja, dafür haben andere ganz gut rentiert.

Würden Sie persönlich in ein zweites Venedig investieren?

Kann ich mir durchaus vorstellen. Auch darum, weil bestimmt eine Nachfrage besteht.

■ Dieser Artikel ist zuerst unter dem Titel „Widerstand bringt uns weiter“ in der Schweizer „Handelszeitung“ erschienen.